

5. Kulturpolitik im Dienste der Machtstabilisierung

*Es komme für sie [die Polen]
alles darauf an, dass sie ihre
nationalen und kulturellen
Wünsche erfüllt sehen könnten.*

General Hans Hartwig von Beseler¹

Mit der Wiedereröffnung der Warschauer Hochschulen, die bei der einheimischen Bevölkerung prompt eine deutschfreundliche Resonanz hervorrief², brachte Beseler als Leiter des Generalgouvernements seine wohlwollende Haltung gegenüber der polnischen Bevölkerung zum Ausdruck. Zugleich bündelte diese Entscheidung vier Paradigmen kulturpolitischer Methodik und inhaltlicher Gestaltung, die bis zum Ende der deutschen Besatzung Bestand haben sollten:

1. Beselers Entschluss entsprang keiner in Warschau oder in Berlin ausgearbeiteten strategischen Konzeption der Kulturpolitik, sondern wurde ad hoc getroffen.
2. Mit den dabei gezielt eingesetzten Elementen polnischer Identität sollten die gegenüber der polnischen Bevölkerung aufgelaufenen politischen Defizite der deutschen Besatzungsmacht ausgeglichen werden.
3. Die dabei stets vorausgesetzte Kooperation mit der polnischen Bevölkerung sollte sowohl die Akzeptanz deutscher Vorherrschaft evozieren als auch den Macht-erhalt im besetzten Gebiet stabilisieren.
4. Parallel dazu sollte der Export zivilisatorischer, vorgeblich spezifisch deutscher Er-rungenschaften im Sinne von »moralischen Eroberungen« erfolgen, um den Ein-fluss Deutschlands nachhaltig zu sichern und zugleich dessen Prestige zu stärken.

Alle vier Punkte erfordern an dieser Stelle eine kurze Erläuterung.

¹ Niederschrift über die Verhandlungen des Staatsministeriums vom 8. Oktober 1916 betr. die Neu-gestaltung Polens, in: BA/MA Freiburg, N 30/13.

² Zeitgleich mit der Wiedererrichtung beider Hochschulen genehmigte Beseler die Eröffnung der nach dem russischen Abzug geschlossenen Universitätsbibliothek. Zunächst, im November 1915, wurde der wissenschaftliche Lesesaal und am 1. März 1916 die Ausleihe für die breite Öffentlichkeit eröffnet. Vgl. Tadeusz Manteuffel Uniwersytet Warszawski 1915/16-1934. Kronika, S. 22. Außerdem entsprach Beseler dem bereits Anfang August 1915 noch an die militärische Verwaltung gerichteten Ersuch der Gesell-schaft für Wissenschaftliche Kurse, ihre bisherige Tätigkeit fortsetzen zu dürfen. Beseler forderte die Zusendung der Satzung sowie das Vorlegen jeweiliger Teilnehmerzahl, der Vorstandsliste sowie Listen aller eingehenden Spenden in Höhe über 300 Rubel. Obendrein sollte die Gesellschaft jegliche politi-sche Tätigkeit unterlassen. Nachdem der Vorstand am 10. November diese Forderungen akzeptierte und seine drei Vorstandsmitglieder sowie alle 106 Dozenten eine Loyalitätserklärung unterzeichnet hatten, genehmigte Beseler das weitere Wirken der Gesellschaft, die am 21. November im akademi-schen Jahr 1915/16 für 1.800 Teilnehmer ihre Pforten öffnete. Vgl. Dziesięciolecie Wolnej Wszechnicy Polskiej, S. 44, 67, 227. Auch die Tätigkeit von zwei namhaften Warschauer Gesellschaften wurden genehmigt: der Wissenschaftlichen Gesellschaft sowie der Gesellschaft der Liebhaber der Geschichte. Vgl. Sprawozdanie roczne ze stanu i działalności TNW za lata 1915, 1916, 1917, 1918; Sprawozdanie Towar-zystwa Miłośników Historii za 1915, in: Przegląd Historyczny (1916), Bd. 20, S. 241ff, Sprawozdanie To-warzystwa Miłośników Historii za 1916, in: Przegląd Historyczny (1917/18), Bd. 21, S. 445ff, Sprawozdanie Towarzystwa Miłośników Historii za 1917, in: Przegląd Historyczny (1919/20), Bd. 22, S. 289ff.

1. Bis zur Gründung der Warschauer Universität im November 1915 wurde keine durchdachte Konzeption zur Kulturpolitik im Besatzungsgebiet vorgelegt. Dies resultierte aus der zu diesem Zeitpunkt nur amorph abgesteckten Position zur übergeordneten Frage – der strategischen Lösung der politischen Zukunft Polens. Zudem hatten sich die kulturpolitischen Maßnahmen der Besatzungsmacht bis dato, zunächst auf dem Gebiet Links der Weichsel, dann in den ersten drei Monaten des Generalgouvernements Warschau, entweder in Propaganda erschöpft oder auf militante Agitation und Einführung der Zensur beschränkt³. Denn Kongresspolen galt bis August 1915 als Operationsgebiet, in dem und – vor allem – von dem aus nach Hindenburgs Vorstellungen die Expansion des Reichs mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden sollte⁴. Dagegen waren »friedliche Expansionisten«, die eine deutsche auswärtige Kulturpolitik befürworteten, zum Schweigen verurteilt⁵. Darüber hinaus wurde die Erarbeitung eines kulturpolitischen Konzeptes auch dadurch verhindert, dass eine zentrale Institution in Berlin zur Vereinheitlichung der divergierenden kulturpolitischen Ziele fehlte⁶.

Die sehr allgemeinen kulturpolitischen Richtlinien Bethmann Hollwegs, erlassen am Vortage der Einnahme Warschaus (5. August 1915), um in den neu besetzten polnischen Gebieten nicht wie in der Provinz Posen eine Germanisierungspolitik zu verfolgen⁷, ermöglichten nicht nur die Pflege der polnischen Nationalidentität, sondern evozierten geradezu die Anknüpfung an die Geschichte des untergegangenen polnischen Staates. Ob die deutsche Militärverwaltung dieser Zielsetzung bereits im August 1915 folgte, als sie in Warschau die Aufschriften russischer Straßenschilder und Reklametafeln in polnischer Sprache übermalen ließ⁸, oder ob die lateinischen Beschriftungen in erster Linie lediglich den deutschen Besatzungskräften dienen sollten, mag dahingestellt bleiben.

2. Doch kamen die Elemente polnischer Identität erst nach der Gründung des Generalgouvernements gezielt zum Einsatz, um angesichts der dilatorischen Behandlung der politischen Zukunft Polens als Surrogat für ausbleibende bzw. – aus polnischer Sicht – unzureichende politische Konzessionen zu fungieren. Die ausschlaggebende Voraussetzung dafür bildeten die Unterordnung Beselers direkt unter

³ Vgl. Kapitel 1.5 und 3.4.

⁴ Vgl. Georges-Herni Soutou Die Kriegsziele des deutschen Reiches, Frankreich, Großbritannien und der Vereinigten Staaten während des Ersten Weltkrieges: Ein Vergleich., S. 29.

⁵ Vgl. Jürgen Kloosterhuis Friedliche Imperialisten, S. 251.

⁶ Bis April 1919 verteilten sich kulturpolitische Belange in der Wilhelmstraße auf mehrere Abteilungen. Vgl. Kurt Düwell Die Gründung der Kulturpolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt als Neuanfang, S. 46ff.

⁷ Bethmann Hollweg an Falkenhayn vom 4. August 1915, in: BA/MA Freiburg N 30/19.

⁸ Vgl. Adolf Warschauer Deutsche Kulturarbeit in der Ostmark, S. 269f. Zur Frage der Zäsur, der Prozesse des Writing und Re-Writing eines Kanons an Bezugsereignissen historischer Identitätsstiftung bei Benennung und Unbenennung von Straßennamen vgl.: Die Besetzung des öffentlichen Raumes. Politische Codierungen von Plätzen, Denkmälern und Straßennamen im europäischen Vergleich im 19. und 20. Jh. 4.11.-6.11.2004 Prag (veröffentlicht in: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=590>).